

# Schweizer Medien auf Regierungskurs

Der Fall «Berset–Ringier» ist nur ein Symptom.  
Die Krankheit heisst: staatsmedialer Komplex.

Philipp Gut

Dieser Fall ist voller Ironien. Ausgerechnet die eifrigsten Prediger des Social Distancing auf beiden Seiten der Demarkationslinie zwischen Staat und Medien haben im Corona-Regime jede kritische Distanz aufgegeben. Das Departement von Bundesrat Alain Berset (SP) verschmolz mit dem Ringier-Verlag von Mitinhaber und CEO Marc Walder zu einer staatsmedialen PR-Maschine mit dem Ziel, Berts Massnahmenpolitik durchzuboxen. «Wir wollen die Regierung unterstützen durch unsere mediale Berichterstattung», sagte Walder in einem vom *Nebelspalter* vor einem Jahr publizierten Video. Was das konkret bedeutete, zeigen die jüngsten Enthüllungen der *Schweiz am Wochenende*.

## Ablenken vom eigenen Versagen

Sie bestätigen den Eindruck, der sich den Leserinnen und Lesern der Ringier-Titel (*Blick*, *Sonntagsblick*, *Schweizer Illustrierte*) in den vergangenen Jahren aufdrängte: Ringier hat sich zum Megafon der staatlichen Massnahmenpolitik gemacht. Was die Redaktionen zum Besten gaben, war oft kein Journalismus mehr, sondern glich schon eher Regierungspropaganda, vorgetaktet von Berts Intimus und Kommunikationschef Peter Lauener. Der *Tages-Anzeiger* zählte «über 180 Kommunikationsvorgänge» zwischen Lauener und Walder. Hinzu kommen unzählige weitere Briefings von Journalistinnen und Journalisten auf tieferer Hierarchiestufe, die nun beleidigt aufschreiben,

*Was die Redaktionen zum Besten gaben, war kein Journalismus mehr, sondern Regierungspropaganda.*

sie hätten jederzeit selbständig recherchiert. «Niemand beeinflusst *Blick*», behauptet Chefredaktor Christian Dorer. Es gab nur einen beinahe automatischen Informationsaustausch.

Nun zeigen die anderen zeigefingerwedelnd auf Ringier. In der Sache haben sie recht: Mit der auf Chefebene eingefädelten und von



«Wir sind füreinander da»: SBB-Chef Meyer, Bundesrat Berset, Ringier-CEO Walder, 2018.

Walder per Videobeweis bestätigten Kernschmelze zwischen Regierung und Ringier-Medien ist kein ernstzunehmender Journalismus – und nicht einmal ein Staat zu machen. Der Glaubwürdigkeitsverlust auf beiden Seiten schmerzt. «Das ist Gift für die Demokratie», meinte der *Tages-Anzeiger* zu Walders Bekenntnis der Regierungstreue.

## Beeinflussen liessen sich alle

Doch die Empörung der Konkurrenz lenkt auch vom eigenen Versagen ab. Auch sie hat sich als Sprachrohr des Bundesrats betätigt und masslos auf Massnahmenkritiker eingepöbeln. In derselben Ausgabe der *Schweiz am Wochen-*

*ende*, in der die «geheimen Corona-Protokolle» erschienen, konnte man den Satz lesen: «Verschwörungstheoretiker, Anti-Vax- und Fake-News-Produzenten sind überall auf der Welt im Vormarsch.»

Das ist das Narrativ, das der Mainstream bis heute pflegt. Scheue Gegenfrage: Hat sich nicht eine Verschwörungstheorie nach der anderen bewahrheitet? Haben die Impfkritiker recht bekommen (Stichwort «Impf-Lüge»)? Sitzen die Fake-News-Produzenten nicht auch in den Redaktionsstuben?

Die *Schweiz am Wochenende* erwähnte zwar, dass Walder die anderen Medienhäuser gebeten habe, auf den Titelseiten ihrer Zeitungen das

ganzseitige Inserat «Bleiben Sie zu Hause!» des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) zu publizieren. Sie verschwieg jedoch verschämt, dass sie und ihr Verlag, die CH Media, ebenfalls mitmachten. So wie auch der *Tages-Anzeiger*, die *Sonntagszeitung* oder der *Blick*. Beeinflussen liessen sich alle. Walder schrieb dazu den «lieben Chefs» der führenden Verlage des Landes am 20. März 2020 eine E-Mail mit der Aufforderung: «Bitte umgehend distribuieren in Eure Redaktionen». Der Bundesrat stehe hinter dieser Aktion, aber dies dürfe nicht bekannt werden.

### «Ein riesengrosses Dankeschön!»

Die Verlage stellten den exklusiven Frontseitenplatz gratis zur Verfügung. Auch der Verband Schweizer Medien mischelte mit. Breiter abgestützt in der Branche konnte die gemeinsame PR-Aktion von Staat und Medien nicht sein. Das zeigt: Der staatsmediale Komplex besteht nicht nur aus der Achse Berset-Ringier. Auch Tamedia, CH Media und andere reihten sich ein in die Marschkolonnen.

Bei dieser einen «gemeinsamen Sache» (Persönlich.com) blieb es nicht. Wiederum auf Wink von Walder, der sich in der Rolle einer Art externen Propagandaministers gefiel, druckten die grossen Schweizer Medien – CH Media inklusive – in einer weiteren orchestrierten Aktion einen offenen Brief von Medienministerin Simonetta Sommaruga ab, in dem sie die Bevölkerung aufforderte, sich an die «Regeln» zu halten und die zahlreichen Verbote zu beachten, vom Berufsverbot für viele bis zum Veranstaltungs- und Versammlungsverbot für alle.

Diesen «Aufruf an die Bevölkerung zu Zeiten der Corona-Krise» kann man heute fast nicht mehr lesen, er überschäumt von autoritärem Kitsch («Wenn es darauf ankommt, sind wir mehr als 26 Kantone und 8,5 Millionen Menschen. Wir sind ein Land. Und wir sind füreinander da», «Ein riesengrosses Dankeschön!»). Es hätte aber schon damals nicht geschadet, wenn die angeblich ach so unabhängigen Journalistinnen und Journalisten die massiven Massnahmen auf ihre Verhältnismässigkeit und Wirksamkeit abgeklopft hätten – statt die Staatsmacht den Griffel führen zu lassen.

Noch ein Beispiel: In Walders Spuren wandelte auch Gaudenz Looser, der Chefredaktor des Tamedia-Produkts *20 Minuten*. «Wenn der Bundesrat Massnahmen anordnet, die schnell wirksam werden sollen, ist es nicht zielführend, diese über Wochen hinweg von verschiedenen Seiten bewerten zu lassen», dekretierte er am 9. August 2020 in einem Gastbeitrag der *NZZ am Sonntag*. So tönt es sonst nur in autoritären Regimen.

Wer nun glaubt, diese komplizenhafte Klüngelei gehöre der Vergangenheit an, der täuscht sich. Im Hintergrund wird bereits an der nächsten Verzahnungsstufe geschraubt. Die



„Ich hatte dieses ewige Gansgehen einfach satt...“

Eidgenössische Medienkommission forderte vergangene Woche neue Subventionen für alle Schweizer Medien, die sich an staatliche Vorgaben halten. Der Auftrag kam vom Bundesamt für Kommunikation – als hätte das Stimmvolk das Mediengesetz und damit neue Mediensubventionen am 13. Februar 2022 nicht abgelehnt.

In der Medienkommission sitzen ausschliesslich Befürworter einer staatlichen Medienförderung, die sich damit die eige-

### Wer nun glaubt, die komplizenhafte Klüngelei gehöre der Vergangenheit an, der täuscht sich.

nen Taschen füllen. Mit Ladina Heimgartner, der Chefin der *Blick*-Gruppe, ist auch Marc Walders prominenteste Protégée in der Kommission vertreten. Praktisch, dass sie zugleich im Präsidium des Verlegerverbands Einsitz genommen hat.

Auch Tamedia, das grösste Schweizer Verlagshaus, hat ein Geschäftsleitungsmitglied in die Kommission entsandt, ebenso die SRG. Und die beteiligten Medienwissenschaftler wie ein Manuel Puppis von der Universität Freiburg? Sie dürfen darauf hoffen, vom Ausbau der Medienforschung und Medienüberwachung zu profitieren, den die Medienkommission ebenfalls vorschlägt. *Säuhäfeli, Säudeckeli*.

### Sonntagszeitung fordert Zwangsimpfung

Am Ende fragt man sich – und das ist die eigentliche Pointe dieser Geschichte –, ob es einen Marc Walder überhaupt gebraucht hätte. Fast erhält man den Eindruck, die Corona-Berichterstattung der Schweizer Grossmedien wäre auch ohne ihn ohnehin auf Regierungskurs gewesen – oder darüber hinaus.

Wie schrieb doch Denis von Burg, Politikchef und Leiter der Bundeshausredaktion der *Sonntagszeitung* von Tamedia, am 13. August 2021: «Jetzt muss Berset die Gegner endlich zur Impfung zwingen.» So weit ging nicht einmal der Gesundheitsminister selbst.

## Gwen Stefani verbotene Inspiration

Gwen Stefani, eine bislang nur berufsspezifisch auffällig gewordene Sängerin, ist neuerdings eines fast zwanzig Jahre alten Vergehens überführt worden.

Sie hat nämlich einst mit der japanischen Subkultur von Harajuku geliebäugelt und sich in ihrem Album «Love. Angel. Music. Baby» von 2004 schamlos des japanischen Stils bedient. Das flog jüngst auf.

Doch statt dass Stefani sich für diese eindeutig als solche erkennbare «kulturelle Aneignung» entschuldigte, erklärte sie es für völlig in Ordnung, «sich von anderen Kulturen inspirieren zu lassen». Das finden viele amerikanische Fans unverzeihlich, während die Japaner eher die Schultern zucken.

Wir leben nun leider nicht entspannt in Japan und fragen uns natürlich, wie man sich künftig verhält, da kulturelle Aneignung ganz offenkundig nicht verjährt. Dass «Cowboy und Indianer» spielen nicht geht, haben wir begriffen, zumal wir uns ungern an Bäume fesseln lassen.

Doch es gibt einen Ausweg.

Wer auf Nummer sicher gehen will, deklariert sich, wenn Frau, als Mann und wenn Mann, als Frau. Das gilt nicht als kulturelle Aneignung, sondern als geradezu vorbildlich. Kollateralnutzen: Damit lässt sich die alberne Frauenquote in der Politik im Nu erledigen.

Männer, werdet Frauen! Schlimmer kann's ja nicht werden.

Cora Stephan



Kulturelle Aneignung? Sängerin Stefani.